

NSG „Erlensee und Salz-Wiesen“ und Straßenneubau B 62 Werraquerung

Der Kompromiss – Naturschutz, Straßenbau und Rohstoffgewinnung (1990–1996)

29.03.1990	einstweilige Sicherstellung des Gebietes als Naturschutzgebiet (NSG) „Erlensee und Salzwiesen“ durch Beschluss des Rates des Bezirkes Suhl (Beschluss Nr. 48/90) Das NSG war bis März 1995 einstweilig geschützt (Umfang ca. 95 ha ¹). In diesem Bereich der Werra-Aue befinden sich Binnensalzstellen und weitere § 18-Biotope mit bedeutenden ornithologischen Vorkommen (Bekassine, Wachtelkönig). Im Gebiet bestehen bereits das Naturdenkmal „Erlensee (seit 1940) und das Flächennaturdenkmal „Neuroth“ (seit 1986) ² .
28.9.1990	Auf der Grundlage der „Verordnung über die Verleihung von Bergwerkseigentum“ vom 15.08.1990 erfolgt die Einstufung der noch nicht abgebauten Kiessande als bergfreie Bodenschätze. Für die gegenwärtig und künftig für die Abgrabung in Frage kommende Lagerstätten wird Bergwerkseigentum festgelegt, das flächenmäßig durch Bergwerksfelder markscheiderisch bestätigt wird. Das verliehene Bergwerkseigentum mit Kiesmächtigkeiten bis 50m! überlappt die geplante Schutzfläche beträchtlich.
04.09.1991	Die Treuhandanstalt Berlin veräußert gemäß notariellen Kaufvertrag die Bergwerksfelder bei Immelborn, Barchfeld und Breitungen für eine Nutzung durch die Kieswerke Immelborn zunächst an die Firma Hermann Kirchner GmbH & Co. KG, Bad Hersfeld (1993 an das Kieswerk Immelborn GmbH weiterveräußert). Das erworbene Bergwerkseigentum bildet die bergrechtliche Grundlage für die Durchführung von Gewinnungsarbeiten auf Kiessande. Andere Konzessionen liegen nicht vor. Mit den Grundeigentümern werden Verträge zum Erwerb der Flächen abgeschlossen. Bei der Verleihung und dem Verkauf der Bergwerksfelder wird das einstweilig sichergestellte NSG Erlensee und Salzwiesen nicht berücksichtigt, obwohl es schon über ein Jahr sichergestellt war.
1993	Erstellen eines Schutzwürdigkeitsgutachtens für das Naturschutzgebiet durch Andreas LINSSENMEYER ³
Apr 1993	Festlegung des Umweltministers Sieckmann: - Raumordnungsverfahren gemäß § 17 ThLPIG ist für Straßenneubau nicht erforderlich - Abwägung der unterschiedlichen Belange (Bergbau, Wasserwirtschaft, Straßenneubau, Naturschutz) erfolgt im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens für die Werraquerung B 62
1993	Vorbereitungsarbeiten für eine UVS für eine neue Straßenverbindung B 19/ B 62: Es gibt 3 Varianten für den geplanten Bau der B 62 über die Werra: Eine kurze Strecke quer durch das geplante NSG. Eine Variante tangiert Barchfeld und stößt auf erhebliche Ablehnung durch die Anwohner. Eine dritte Variante schneidet einen Teil des geplanten NSG, verhindert aber zugleich die Ausdehnung des Bergwerksfeldes in seine ergiebigsten Abbaugebiete (die zugleich das Zentrum des NSG sind).
15.04.1994	In der ersten Legislaturperiode einigen sich Umwelt- und Wirtschaftsministerium auf eine Kompromissvariante, die das Bergwerksfeld und das geplante NSG schneidet und die künftige Grenze zwischen beiden Bereichen bilden soll, wobei diese etwa zu gleichen Teilen verkleinert werden (sog. Bohn-Sieckmann-Variante).
1994	Erarbeiten einer Diplomarbeit über die Vegetation durch Andreas LINSSENMEYER ⁴

¹ Hiekel, W. et al. (1991): Übersicht über die Naturschutzgebiete, Biosphärenreservate, Schongebiete und Naturparke Thüringens sowie über die Naturschutzgebiete des grenznahen Raumes in Niedersachsen, Hessen und Bayern (Stand 30.09.1990). - Naturschutzreport 2/3, 79 ff.

² Die Flächennaturdenkmale im Wartburgkreis. In: Naturschutz im Wartburgkreis. Heft 5. 1997

³ Linsenmeyer, Andreas: Schutzwürdigkeitsgutachten für das geplante NSG „Erlensee/Salzwiesen“. Mit Hinweisen zur Pflege und Entwicklung. Unveröffentlichtes Gutachten der Universität Bayreuth im Auftrag der TLU Jena. 1993.

⁴ Linsenmeyer, Andreas: Zustandserfassung und Bewertung eines Naturschutzgebietes. Ein Vergleich verschiedener Kartierungsverfahren am Beispiel des einstweilig sichergestellten NSG „Erlensee/Salzwiesen“. Diplomarbeit. Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Biogeographie. 1994

10/1994	Im Sommer 1994 beginnen die Arbeiten zur endgültigen Unterschutzstellung des Naturschutzgebietes in der Größe von 173,9 ha mit der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
02/1995	öffentliche Auslegung des Entwurfes einer Schutzgebietsverordnung für das NSG
03/1995	die einstweilige Sicherstellung als NSG läuft aus - eine Unterschutzstellung findet vor allem wegen des geplanten Straßenbaus keine Zustimmung
Apr / Mai 1995	Das Kieswerk Immelborn erklärt, in den Zentralbereichen des geplanten NSG (nordwestlich des Ettmarshäuser Weges) auf den Abbau zu verzichten. Es stimmt zu, dass die damals favorisierte Trasse des Straßenbauamtes Meiningen (Bohn-Sieckmann-Trasse) die Südgrenze des künftigen NSG und die Nordgrenze des Kiesabbaus bildet. ⁵ Straßenbauamt Meiningen, die Obere Naturschutzbehörde und das Referat 614 des Thüringer Landesverwaltungsamtes einigen sich auf die eine zukünftige NSG-Abgrenzung, die sich an der Bohn-Sieckmann-Trasse orientiert. Bei der Feintrassierung soll einen möglichst großen Abstand zur Werra gehalten werden. ⁶
1995	In einem Artikel der Zeitschrift Landschaftspflege und Naturschutz wird die Schutzwürdigkeit des Gebietes herausgearbeitet. ⁷
Juli 1996	Im Regionalen Entwicklungskonzept (REK) Mittleres Werratal werden die Probleme (Naturschutz, Kiesabbau) einer Trassenführung in der Werraue intensiv diskutiert. Das REK schlägt eine geringfügig veränderte Abwandlung der Bohn-Sieckmann-Trasse vor: <ul style="list-style-type: none"> - Kiesabbau höchstens bis zum Ettmarshäuser Weg, - Verschwenkung der Trasse bei Ettmarshausen nach Süden, - weitgehende Aufständigung in der Aue, - keinesfalls Trassenverschiebung nach Norden. Außerdem wird auf die rechtliche Fragwürdigkeit der Abbaurechte im Bereich des geplanten NSG aufmerksam gemacht. ⁸
1996	In einer Publikation der Arbeitsgemeinschaft Weser wird der Kompromiss der Bohn-Sieckmann-Variante als gelungenes Beispiel eines Konfliktmanagements ausführlich dargestellt. ⁹

⁵ Ergebnisprotokoll vom 18.04.1995 zur Beratung vom 03.04.1995 im Thüringer Landesverwaltungsamt

⁶ Ergebnisprotokoll vom 18.04.1995 zur Beratung vom 04.04.1995 im Thüringer Landesverwaltungsamt

⁷ Linsenmeyer, A.; Schmidt, K.; und Beierkuhnlein, C.: Erlensee und Salzwiesen bei Bad Salzungen. Zur Schutzwürdigkeit des künftigen Naturschutzgebietes. Landschaftspflege und Naturschutz in Thüringen. 32 (1995), Heft 3, S. 61-68

⁸ AG Werratal: REK Mittleres Werratal, S. 324-327, Juli 1996

⁹ Leweling, S. et. al.: Modellgebiet Barchfeld. Konfliktdiskussion Kiesabbau, Naturschutz, Hochwasserschutz. Teilgutachten zum F&E-Vorhaben. Ökologische Gesamtplanung Weser. Grundlagen, Leitbilder und Entwicklungsziele für Weser, Werra und Fulda. Umwelt-Institut Höxter im Auftrag des Deutschen Verbandes für Wasserwirtschaft und Kulturbau e.V. 1996.

Der „letzte“ Belang – Naturschutz spielt keine Rolle (1996–2001)

1995-1997	projektbezogene Agrarstrukturelle Vorplanung (P-AVP) für Werraquerung unter der Vorzugstrasse (Bohn-Sieckmann-Trasse)
Nov / Dez 1996	Die Landesanstalt für Geologie erklärt, dass die Kieslagerstätten unbedingt ausgebeutet werden müssen. Gleichzeitig hat der Vorsitzende der Regionalen Planungsgemeinschaft (Landrat von Schmalkalden-Meiningen) die Naturschutzbehörden aufgefordert, die Ausweisung des NSG zu stoppen und erst das Votum der Regionalen Planungsgemeinschaft abzuwarten. In ihrem Antwortschreiben weist die Präsidentin des Thüringer Landesverwaltungsamtes mehrfach und eindringlich auf die besondere Empfindlichkeit und Schutzwürdigkeit des Gebietes aus Sicht des Naturschutzes und der Wasserwirtschaft. Gleichzeitig warnt sie eindringlich davor, mit einer Festlegung der Nordvariante die Straßenbauverwaltung „in eine unlösbare Situation zu führen“. Bis zum Abschluss des ROV soll die Ausweisung des NSG zurückgestellt werden. ¹⁰
01/1997	Vorentwurf einer Umweltverträglichkeitsstudie zur Linienbestimmung für das ROV wird ohne Schlussfolgerungen vom Planungsbüro Henning vorgelegt
Frühjahr 1997	Jetzt soll doch ein ROV für die Werraquerung beginnen (Festlegung vom 22.11.1996).
17.07.1997	Der NABU fordert die Ausweisung des Bereiches Erlensee als Vorranggebiet Natur und Landschaft und einen Verzicht auf die Festlegung einer Vorzugstrasse für die B 62 vor Abschluss eines ROV im Regionalen Raumordnungsplan. ¹¹
Aug 1998	Das ROV hat noch nicht begonnen. Erstmals wird eine Trasse nahe des Erlensee öffentlich in die Diskussion gebracht, auch wenn damit das „Tafelsilber des Naturschutzes im Werratal“ angegriffen wird. Es wird nach der billigsten Lösung gesucht und der Kiesabbau nicht angetastet. Minister Schuster bezeichnet die Bohn-Sieckmann-Variante als nicht finanzierbar worauf die Nordvariante erst wieder in die Abwägung des RROP eingebracht wird ¹²
03.11.1998	Planungsversammlung beschließt den RROP Südthüringen in der vorgelegten Form des Planungsbeirates Vor Abschluss eines Raumordnungsverfahren wird trotz heftiger Einwände des Thüringer Landesverwaltungsamtes und des TMLNU eine Trasse in den Regionalen Raumordnungsplan „hineingeschrieben“, die quer durch das geplante NSG verläuft (Nordvariante) ¹³ . Dies geschah offensichtlich verfahrenswidrig erst nach dem Beschluss der Planungsversammlung.
Apr 1999	Landesregierung bestätigt den Regionalen Raumordnungsplan Südthüringen. Die eingezeichnete Linie (entspricht Variante 3 der UVS) für die Werraquerung wird von der Politik als raumordnerische Festlegung gewertet. Das lange angekündigte ROV fällt aus, ein Planfeststellungsverfahren soll folgen.
bis Dez 99	Die Linienbestimmung soll beim Bundesverkehrsministerium eingereicht werden.
23.10.2000	Bestätigung der Linienführung als Variante 3d gemäß Antrag des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen. ¹⁴ Damit wird das geplante NSG in zwei Hälften zerschnitten.

¹⁰ Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes an Regionale Planungsgemeinschaft Südthüringen vom 11.12.1996

¹¹ Stellungnahme des NABU Kreisverbandes Bad Salzungen zum Entwurf des RROP vom 17.07.1997

¹² Schreiben des Präsidenten der Regionalen Planungsgemeinschaft Südwestthüringen an den NABU Kreisverband WAK vom 06.05.2003

¹³ Regionaler Raumordnungsplan Südthüringen (1999), S. 138, Begründung S. 152

¹⁴ Schreiben des TMWAI vom 16.10.2001 an das BMVBW

10.04.2001	<p>Der Rahmenbetriebsplan für den Kiesabbau wird planfestgestellt:¹⁵</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Hochwasserdamm zwischen KAF III/III E und Werra ist unverzüglich zurückzubauen. - Ein Sicherheitsabstand von 60 m zur Werra darf nicht unterschritten werden. - Es wird ein Monitoring zur Überwachung für das Grund- und Oberflächenwasser festgelegt. - Es werden Suchräume für die naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen festgelegt. - In den festgelegten Nachnutzungsbereichen „Naturschutz“ (westliches Ufer KAF III E) ist ein Betreten durch geeignete Maßnahmen zu verhindern bzw. zu erschweren. - Die informelle Darstellung einer das KAF III E Immelborn querenden Variante des Verlaufes der neu zu bauenden B 62 einschließlich entsprechender „Brückenköpfe“ in einzelnen Anlagen und Abbildungen des Planwerkes ist als hinfällig anzusehen. Dadurch mögliche Veränderungen an der zeitlichen Abbaufolge sind in den Hauptbetriebsplänen begründet darzulegen.
2001	<p>Im Jahre 2001 sollen die Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren erstellt und zum Jahresende das Verfahren eröffnet werden. Damit ist eine Lösung entwickelt worden, die selbst nach Aussage der Oberen Naturschutzbehörde naturschutzfachlich nicht vertretbar ist¹⁶. Nach Auskunft der Oberen Naturschutzbehörde ist die Finanzierung der Bundesstraße noch nicht restlos gesichert, so dass man auf weitere Kostenreduzierungen drängt. Der nun favorisierte Trassenverlauf ist der kürzeste und damit billigste. Erschwerend kommt hinzu, dass eine durchgehende Hochbrücke aus Kostengründen abgelehnt wird, obwohl dies von der Topographie logisch wäre (alte B 62, Bahnstrecke, Ochsengraben, Werra und Radweg müssen überbrückt werden) und die Auenquerung jeweils auf einem erhöhten Hang beginnen und enden wird. Es sind 4 kleinere Brücken (3 in Werraue und 1 im angrenzenden Seitental - Witzelröder Schweiz) sowie dazwischen Dämme (selbst in der Überschwemmungsaue) vorgesehen.</p>

¹⁵ Thüringer Oberbergamt Gera: Planfeststellungsbeschluss zur Zulassung der Rahmenbetriebsplanes für die Kiessandtagebaue Breitung/Immelborn. 10.04.2001

¹⁶ Protokoll zur 15. Sitzung des Naturschutzbeirates am 23.1.1997

Der zweite Versuch – Straßenplanung noch mal von vorn (2001 bis 2006)

Sep 2001	Die Werra-Aue bei Bad Salzungen wird in die neueste IBA-Liste aufgenommen, die als Referenz für „faktische Vogelschutzgebiete“ gilt.
Nov 2001	Das BMVBW erklärt, aufgrund der hohen ökologischen Sensibilität des Streckenabschnittes ein besonders hohes Anforderungsniveau an die Maßnahmen zur Eingriffsminimierung und die Ausgleichskonzeption zugrunde zu legen und bei der Prüfung für den Gesehenvermerk berücksichtigen zu wollen. ¹⁷
Frühjahr 2002	Der geplante Beginn des für das Planfeststellungsverfahren der B 62 muss wegen der „Vogelschutzproblematik“ ausfallen. ¹⁸
Jul 2002	Das TMLNU veröffentlicht wegen eines laufenden Vertragsverletzungsverfahrens (mangelhafte Umsetzung der EU-Vogelschutzrichtlinie) Abgrenzungsvorschläge für Vogelschutzgebiete in der Rhön und der Werraue.
5.11.2002	Im mdr Thüringen Journal wird ausführlich über das Straßenbauproblem berichtet. Es kommen der Landrat des Wartburgkreises (Dr. Kaspari), Umwelt-Staatssekretär Illert und der Chef des Landesamtes für Straßenbau (Irmer) zu Wort. Der Trassenverlauf der neuen Variante 1a ist im Bericht ebenso erkennbar, wie die grobe Verteilung von Dämmen und Brücken.
29.11.2002	In einer Antwort des Ministers Dr. Sklenar auf eine kleine Anfrage wird die Auffassung bekräftigt, dass nur Teile der Werraue als EG-Vogelschutzgebiet zu melden sind und es heißt: „Bei den Problemstellungen im Kiesabbau sind die Abgrenzungsgespräche noch nicht abgeschlossen.“ ¹⁹
17.01.2003	Das TMLNU versendet das von der TLUG erstellte Fachgutachten ²⁰ mit dem den Beteiligten die Notwendigkeit der Ausweisung der Werraue als EG-Vogelschutzgebiet nochmals verdeutlicht werden soll.
06.05.2003	Landrat Luther reagiert in seiner Funktion als Präsident der Regionalen Planungsgemeinschaft in einem Brief an den NABU Kreisverband Wartburgkreis sehr getroffen, auf Vorwürfe im Freien Wort vom 23.04.2003, Naturschutzbelange in der Werraue ignoriert zu haben. Er wirft Naturschutzbehörden und –verbänden vor, in Stellungnahmen nur von „Naturschutz“, aber nie von „Vogelschutz“ gesprochen zu haben.
Frühjahr 2003	Durch das TMWAI wird eine neue „Variante 1a“ favorisiert, die der Bohn-Sieckmann-Variante ähnelt, aber den Bereich des geplanten NSG weiter verkleinert und in entscheidenden Teilbereichen (Werraufer, FND „Neuroth“, Witzelrodaer Schweiz zu erheblich stärkeren Eingriffen führt.
Jun 2003	Der Naturschutzbund Deutschland fordert in Schreiben an Regionale Planungsgemeinschaft, Oberste Landesplanung, Wirtschafts- und Umweltministerium u.a. wieder zum Kompromiss der Bohn-Sieckmann-Trasse zurückzukehren. ²¹
Aug 2003	Trotz fachlich fundierter Einwendungen wird durch die Thüringer Landesregierung eine Abgrenzung der Vogelschutzgebiete beschlossen, die insbesondere im Bereich der Werraquerung nicht nach naturschutzfachlichen Gesichtspunkten erfolgte. Nach Ansicht des NABU ist die Abgrenzung damit unrechtmäßig.
03.10.2003	Der NABU Landesverband untermauert mit zahlreichen Argumenten gegenüber der Obersten Landesplanungsbehörde seine Forderung nach einem Trassenverlauf südlich des Werra-Mäanders am FND „Neuroth“ und einer Hochbrücke in der Aue. ²²
04.11.2003	Der angemeldete Finanzbedarf für den in Aufstellung befindlichen Bundesverkehrswegeplan berücksichtigt lediglich eine 220m lange Brücke (3,3 Mio. €) und keine Entschädigungsleistungen für das Kiesunternehmen. ²³

¹⁷ Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Stephan Hilsberg (BMVBW) vom 19.11.2001 an Christoph Matschie (MdB)

¹⁸ Schreiben des Präsidenten der Regionalen Planungsgemeinschaft Südwestthüringen an den NABU Kreisverband WAK vom 06.05.2003

¹⁹ Drucksache 3/2907: Antwort des Ministers Dr. Sklenar (TMLNU) vom 29.11.2002 auf die Kleine Anfrage 772

²⁰ Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie: Fachgutachten zur Schutzwürdigkeit des geplanten EG-Vogelschutzgebietes „Werra-Aue zwischen Breitungen und Kreuzburg“. Jena. 17.12.2002

²¹ Schreiben des NABU KV WAK vom 16.06.2003 an Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen (Kopien an weitere Behörden und Ämter) sowie Schreiben des NABU LV vom 29.06.2003 an die Thüringer Staatskanzlei

²² Schreiben des NABU LV vom 03.10.2003 an das TMI, Oberste Landesplanungsbehörde

22.05.2004	Der NABU Landesverband wendet sich an Umweltminister Sklenar. Das TMLNU möge eine naturschutzfachlich korrekte Abgrenzung vornehmen bzw. wenigstens die Unzulänglichkeiten der Abgrenzung begründen. Außerdem sollen die Erhaltungsziele durch eine veränderte Straßenplanung besser berücksichtigt werden. Falls dies nicht geschieht, behält man sich weitere Schritte vor.
27.10.2004	Der NABU Landesverband stellt in einem Schreiben an die Obere Naturschutzbehörde (Dr. Krapf) beim Thüringer Landesverwaltungsamt noch einmal die Argumentation der Schreiben an die Oberste Landesplanungsbehörde sowie die Regionale Planungsgemeinschaft zusammen. Die Behörde soll über das Konfliktfeld und die Ziele des NABU in dieser Angelegenheit informiert sein.
31.10.2004	Der NABU Landesverband wendet sich in einem Schreiben an den Bundesverkehrsminister Dr. Stolpe. Ziel ist eine kritische Prüfung der Planungsunterlagen im Bundesverkehrsministerium (insbesondere NATURA 2000-Problematik). Eine Kopie geht an die Mitglieder des Umweltausschusses und des Verkehrsausschusses im Deutschen Bundestag.
16.12.2004	Im Antwortschreiben des Bundesverkehrsministeriums heißt es, die Thüringer Naturschutzbehörde beurteile unseren Vorschlag (BSV) sowie Variante 1a gleichwertig. Da Variante 1a wirtschaftliche Vorteile aufweise, gebe es keine Veranlassung auf eine veränderte Planung hinzuwirken. Darüber hinaus wird der NABU auf das spätere Planfeststellungsverfahren verwiesen.
Juli 2005	Der Naturschutzbeirat des Wartburgkreises lässt sich die aktuelle Planung erläutern. Im Anschluss fasst er einen Beschluss, der sich gegen die weitgehend vorgesehene Ausführung als Dammbauwerk ausspricht.
09.08.2005	Lutz Irmer (TMBV) weist in einem Brief an den Naturschutzbeirat des Wartburgkreises dessen Forderung nach einem längeren Brückenbauwerk aus Kostengründen zurück. Auch eine Trassenverschiebung schließt er aus. Bis zum Beginn des Planfeststellungsverfahrens sollen keine Änderungen mehr an der Planung erfolgen.
05.11.2005	Der Bürgermeister von Barchfeld spricht sich mit klaren Worten gegen die Querung der Werra als Dammbauwerk aus. Er sei der „festen Meinung“, dass der Damm, wenn er denn gebaut würde, „das Schlimmste wäre, was uns passieren kann.“ Er habe auch an das Straßenbauamt Südwestthüringen sowie den Verkehrsminister geschrieben und bisher keine zufriedenstellenden Antworten bekommen. ²⁴
17.12.2005	Nach Zeitungsberichten ²⁵ soll das Planfeststellungsverfahren im Februar 2006 beginnen. Obwohl man die schmalste Stelle des Kiesfeldes ausgesucht habe, mache jedoch die Abbaufirma Probleme und fordere hohe Entschädigung.
22.12.2005	Der Landesnaturschutzbeirat Thüringens gibt in einer Pressemitteilung bekannt, dass er sich in einem Beschluss für eine weitgehende Aufständigung der Trasse und gegen die geplanten Dammschüttungen ausgesprochen hat. Die Oberste Naturschutzbehörde wurde aufgefordert der vorliegenden Planung (130 m Brücke) keine Zustimmung zu erteilen. Außerdem wurde um die Prüfung einer südlichen Verschiebung gebeten.
13.02.2006	Das Planfeststellungsverfahren beginnt. Die öffentliche Auslegung der Planunterlagen läuft bis zum 13.03.2006. Dabei liegt die Umweltverträglichkeitsstudie entgegen den verfahrensrechtlichen Anforderungen nur eine knappe Woche statt eines Monats aus. Entgegen früheren Ankündigungen stimmt auch die Gemeinde Barchfeld aus Sorge vor einem kompletten Scheitern des Vorhabens im Wesentlichen zu. Der Naturschutzbeirat beim Thüringer Landesverwaltungsamt empfiehlt in Anlehnung an die Entschließung des Landesnaturschutzbeirates der Oberen Naturschutzbehörde, der vorgelegten Planung nicht zuzustimmen.
23.05.2006	Der NABU gibt seine fachlich fundierte Stellungnahme ab, in der er sich gegen das Vorhaben in der vorgelegten Form wendet. Gründe hierfür sind Verstöße gegen zahlreiche Normen des Umweltrechts, die zum Beispiel durch die Zerschneidung von Werramäandern am Neuroth und Witzelrodaer Schweiz sowie die Dammausführung hervorgerufen werden. Der BUND, die Grüne Liga und der Arbeitskreis Heimische Orchideen schließen sich der Stellungnahme an.

²³ Drucksache 3/3731 des Thüringer Landtages: Antwort des Ministers Reinholz (TMWAI) vom 04.11.2003 auf die Kleine Anfrage 1036

²⁴ Südthüringer Zeitung vom 05.11.2005

²⁵ Freies Wort vom 17.12.2005

Aller guten Dinge sind drei ? – Überarbeitung der Straßenplanung (2007 bis heute)

Februar 2007	Das Thüringer Kabinett beschließt, als Reaktion auf ein Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission 44 EG-Vogelschutzgebiete nach Brüssel zu melden. Die nach Ansicht des NABU naturschutzfachlich fehlerhafte Abgrenzung des Vogelschutzgebietes in der Werraue wird unverändert beibehalten.
Mai 2007	Aufgrund der Einwendungen des NABU, der Naturschutzbeiräte und der Stellungnahmen der zuständigen Naturschutzbehörde werden die Planungsunterlagen für die Werraquerung überarbeitet. Außerdem soll eine artenschutzrechtliche Prüfung erstellt werden. Bei einem zugehörigen Scoping-Termin weist der NABU auf die zahlreichen Vorkommen streng geschützter Arten im Bereich der Werraquerung einschließlich des dort erst kürzlich entdeckten Schwarzblauen Wiesenknopf-Ameisenbläulings hin.
16.05.2007	Der letzte Bauabschnitt der Ortsumgehung von Bad Salzungen, der tatsächlich zu einer verkehrlichen Entlastung der Stadt Bad Salzungen führt, ist fertiggestellt und wird eröffnet. Die offiziell als 5. Bauabschnitt der Ortsumgehung Bad Salzungen bezeichnete Werraquerung hat entgegen anderslautender Behauptungen keine nennenswerten Entlastungsfunktion für die Kurstadt.
28.06.2007	Auf einer Verkehrskonferenz in Eisenach informierte Gerold Kircher vom Straßenbauamt Südwestthüringen, dass die Trasse eventuell noch einmal verschoben werde. ²⁶
20.07.2007	Die Straßenplaner eines Erfurter Ingenieurbüros informieren über den Planungsstand. Von einer eventuellen Verschiebung der Trasse oder einer deutlichen Verkürzung der Dammlängen zugunsten einer längeren Brücke ist nicht mehr die Rede. ²⁷
22.05.2008	„Der Erörterungstermin steht kurz bevor“, sagt Peter Lehniger vom Straßenbauamt Südwestthüringen. Laut Lehniger sei es jedoch abzusehen, dass die konträren Standpunkte von Planungsbehörde und Umweltschützern bestehen bleiben werden. Substanzielle Verbesserungen der Planung in naturschutzfachlicher Sicht scheint es nicht zu geben. ²⁸
20.08.2008	Der neue Bauminister Wucherpennig erläutert gegenüber der Presse, dass die Werraquerung wegen ökologischer Schwierigkeiten möglicherweise erst nach der ursprünglich später vorgesehenen Ortsumgehung Leimbach-Kaiseroda verwirklicht werde. „Ende diesen, Anfang nächsten Jahres soll auch das Planfeststellungsverfahren für die Werraquerung in Gang gesetzt werden.“ ²⁹
November 2008	Der NABU macht Straßenbauamt, weitere Behörden und die Öffentlichkeit auf zwei Gerichtsurteile aufmerksam. Das Thüringer Oberlandesgericht hat in seiner Entscheidung vom 22.06.2005 (BI U 1015/03) klargestellt, dass die Inanspruchnahme von Bergwerkseigentum oder von genehmigten Abbaufeldern durch Straßenbauvorhaben prinzipiell keinen Schadenersatzanspruch auslöst. Selbst Aufwendungen des Gewinnungsbetriebs, die durch Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen entstehen, könne der Betriebsinhaber nur dann ersetzt verlangen, wenn die Aufwendungen ausschließlich der Vermeidung von Bergschäden an Verkehrsanlagen dienen. Bereits am 14.10.1996 hatte das Bundesverwaltungsgericht (4 VR 14.96) erhell, dass eine Straße durch Bergwerkseigentum und Abbaufelder geplant werden kann, wenn gewichtige Gründe (z.B. auch des Naturschutzes) dafür sprechen und der Bergbau nicht unnötig behindert wird. Die Argumentation aus dem Jahr 2002, wonach der Kompromiss Bohn-Sieckmann-Trasse gescheitert sei, weil der Bund eine Entschädigung für den Kiesabbau in Höhe von zwei bis drei Millionen Euro nicht tragen wollte, hat sich damit erledigt. Der NABU fordert nun, zügig zum alten Kompromiss als einziger genehmigungsfähiger Variante zurückkehren. ³⁰

²⁶ Freies Wort vom 28.06.2007

²⁷ Freies Wort vom 20.07.2007

²⁸ Freies Wort vom 22.05.2008

²⁹ Freies Wort vom 20.08.2008

³⁰ Freies Wort vom 14.11.2008

06.07.2009	Der NABU-Präsident Olaf Tschimpke besucht auf seiner Sommerreise die Werraau. Er bekräftigt gegenüber der Presse die Kritik des NABU an der derzeitigen Planung und die Bereitschaft notfalls auch juristischen Druck auszuüben. Sämtliche Thüringer Print-Medien berichten hierüber. ³¹ In Vertretung des Umweltstaatssekretärs Stefan Baldus nahm Michael Schkade vom Thüringer Umweltministerium am Vor-Ort-Termin teil, dem im Freien Wort die Äußerung zugeschrieben wird, das Ministerium näherte sich der Meinung von NABU an. Das Thüringer Umweltministerium sieht sich zu einer halbherzigen Richtigstellung genötigt. ³²
August 2009	Die Politik fühlt sich herausgefordert und entdeckt die Werraquerung als Wahlkampfthema im laufenden Landtagswahlkampf. ³³ Die CDU versucht sich als Garant für den Bau der Werraquerung zu präsentieren. ³⁴ Die Wahlkreisabgeordneten der SPD MdB Ernst Kranz und MdL Sabine Doht fordern das Land zu einer ernsthafteren Planungsarbeit auf, bei der man auch Forderungen des Umweltschutzes gerecht werden müsse. ³⁵
23.08.2009	Umweltstaatssekretär Stefan Baldus (CDU) und Lutz Irmer, Abteilungsleiter im Thüringer Bau- und Verkehrsministerium diskutieren ebenfalls bei einem Vor-Ort-Termin mit dem Bad Salzunger Bürgermeister Klaus Bohl und dem Barchfelder Beigeordneten Ralph Groß über die Werraquerung. Der Umwelt-Staatssekretär wird mit den bemerkenswerten Worten zitiert: „Wir nähern uns der Genehmigungsfähigkeit an“, was die Straßenbefürworter aufstöhnen lässt. Von einer Trassenverschiebung will man zwar noch nichts wissen, aber über die Notwendigkeit einer längeren Brücke bestehe Einigkeit. ³⁶
04.11.2009	In Leimbach, Barchfeld und Immelborn bilden sich Bürgerinitiativen, die für Ortsumgehungen „Druck machen“. Versuche, den Naturschutz als Verhinderer oder Verzögerer darzustellen, können sich im Meinungsbild aufgrund konstanter Presse- und Aufklärungsarbeit des NABU nicht durchsetzen. ³⁷ Am 04.11.2009 wird in der Presse erstmals angedeutet, dass es eventuell zu einer neuerlichen Trassenverschiebung in Richtung des alten Kompromisses kommen könnte. ³⁸
09.11.2009	Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung teilt mit: „Nach Durchsicht [der Unterlagen die im Spätsommer 2009 zur Fortführung des Planfeststellungsverfahrens eingereicht worden waren; Anm.] habe ich den Sachverhalt mit dem Land Thüringen erörtert. Dabei wurde einvernehmlich festgelegt, dass aufgrund der ökologischen Bewertung eine neue Trassenführung südlich des Werrabogens zu erarbeiten ist.“ ³⁹
ab Nov. 2009	Sowohl das Straßenbauamt Südwestthüringen als auch die DEGES nehmen Kontakt zum NABU auf und signalisieren die Bereitschaft zu Gesprächen und dem Finden einer einvernehmlichen Lösung. Den Auftakt bildet ein Gespräch im Thüringer Ministerium für Wirtschaft und Infrastruktur. Dem NABU werden verschiedene Trassenentwürfe vorgestellt zu denen unsere naturschutzfachliche Einschätzung erbeten wird. Zeitgleich präsentieren sich Bürgerinitiativen, verschiedene Regionalpolitiker und der neue Thüringer Verkehrsminister jeweils als der „Retter der Werraquerung“. ⁴⁰ Dennoch werden auch in der Presse die Töne in Richtung Naturschutz versöhnlicher. ⁴¹

³¹ Thüringische Landeszeitung vom 06.07.2009, Freies Wort vom 07.07.2009, Thüringer Allgemeine vom 08.07.2009

³² Freies Wort vom 09.07.2009

³³ Freies Wort vom 14.08.2009

³⁴ Freies Wort vom 18.08.2009

³⁵ Freies Wort vom 25.08.2009

³⁶ Freies Wort vom 24.08.2009

³⁷ z.B. Freies Wort vom 25.09.2009

³⁸ Freies Wort vom 04.11.2009

³⁹ Antwortschreiben des BMVBS vom 09.11.2009 an den Naturschutzbeirat beim Thüringer Landesverwaltungsamt/Kirsten Schellenberg (Beauftragte der Region Südwestthüringen)

⁴⁰ z.B. Osthessen-News vom 25.11.2009 („Neuer Thüringer Bauminister will Planungen zur B62 vorantreiben“), Freies Wort vom 12.09.2009 („Anwohner werden hingehalten“), Freies Wort vom 4.11.2009 („Gemeinsam an einem Strang ziehen“), Freies Wort vom 3.2.2010 („Der Bürger ist nicht zufrieden“)

⁴¹ Freies Wort vom 10.03.2010 („Die Bundesstraße 62 geht uns alle an“)

30.07.2010	Die Linienbestimmungsunterlagen mit einer neuen Vorzugsvariante (neue Linienführung außerhalb von Neuroth und Witzelrodaer Schweiz sowie mit vollständiger Brückenbauweise in der Aue) sind beim Bundesverkehrsministerium eingereicht. Nach einer Bestätigung der Vorzugstrasse könne das Planfeststellungsverfahren mit dieser Trasse fortgesetzt werden. ⁴² Da sich der NABU Thüringen nicht grundsätzlich gegen eine Werraquerung wendet, erklärt er seine Zustimmung zu der gefundenen Trassenführung im Sinne der Variante 1c-I mit einer Komplettaufständigung in der Werraue. Hierbei handelt es sich um die geeignetste Variante um Konflikte mit dem Naturschutz zu minimieren.
28.12.2010	Mit der EU-weiten Veröffentlichung der Bekanntmachung wird der Realisierungswettbewerb des Thüringer Landesamtes für Bau und Verkehr gestartet. Der Wettbewerb läuft relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit bis 23.12.2011. Im März 2012 startet eine Internetpräsentation des Thüringer Landesamtes für Bau und Verkehr zum Wettbewerb und seinen Ergebnissen. ⁴³
03.03.2012	Die Lokalpresse nimmt erstmals Notiz vom Brückenwettbewerb und berichtet kurz über den Siegerentwurf. Baurecht soll danach bis Anfang 2015 erreicht werden. ⁴⁴
19.09.2013	Der Sichtvermerk für die neue Variante 1c wird vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung erteilt. ⁴⁵
19.12.2013	Der thüringische Verkehrsminister Christian Carius (CDU) führt den Naturschutz als Grund für die erhebliche Verteuerung von Straßenbauprojekten an. Die Werraquerung habe sich wegen des Wachtelkönigs von geplanten 14 Mio. Euro im Jahr 2003 auf 38 Mio. Euro verteuert. ⁴⁶ Der NABU weist diesen Vorwurf in einer Pressemitteilung vom Folgetag zurück. Nicht die Berücksichtigung von Natur und Landschaft sondern die lange Ignoranz der Straßenplaner gegenüber Naturschutzbelangen und die Maßlosigkeit von Vorhaben führe zur ständigen Zunahme von Flächenverbrauch und Investitionskosten.
12.03.2015	Für Variante 1c beginnt das Anhörungsverfahren im zweiten Planfeststellungsverfahren. Da der NABU Thüringen vom Straßenbauamt Südwestthüringen bei der Erarbeitung der Planunterlagen in den drei vorangegangenen Jahren beteiligt wurde, treten keine Überraschungen zu Tage. Der NABU äußert sich in der zugehörigen Stellungnahme vom 29.05.2015 grundsätzlich zustimmend. Es gibt lediglich Hinweise und Vorschläge für Details der Vermeidungs- und der Kompensationsmaßnahmen.
11.05.2016	Der Landrat des Wartburgkreises Reinhard Krebs geht davon aus, dass im Jahr 2017 Baurecht bestehen wird. ⁴⁷
15.06.2017	Der Erörterungstermin zu den Einwendungen im Planfeststellungsverfahren findet unter Beteiligung des NABU im Gradierwerk in Bad Salzungen statt.
Januar 2019	Es wird eine erneute Anhörung wegen einer Planänderung durchgeführt. Die Planänderung erfolgte wegen Einwendungen Dritter und hat keine erkennbaren Auswirkungen auf Naturschutzbelange. Die Stellungnahme des NABU vom 11.03.2019 ähnelt daher stark derjenigen von 2015.
31.03.2020	Das Thüringer Landesverwaltungsamt erlässt den Planfeststellungsbeschluss für die „B 62 Ortsumgehung Bad Salzungen, 5. BA Werraquerung“. Die Kernforderungen des NABU nach einer naturverträglichen Querung des Werratales sind damit erfüllt. Die aus NABU-Sicht erforderliche dauerhafte Geschwindigkeitsüberwachung als Teil der Vermeidungsmaßnahmen (Lärmschutz) wird leider nicht festgesetzt. Das ist aus Sicht des NABU zwar bedauerlich und unverständlich. Um Planung und Realisierung nicht zu verzögern, legt der NABU keine Rechtsmittel ein.

⁴² Freies Wort vom 30.07.2010

⁴³ <http://www.werratalbruecke-bad-salzungen.de/ablauf.htm>

⁴⁴ inSüdthüringen.de vom 03.03.2012 („Größte Brücke Thüringens wird Werra-Aue überspannen“, <http://www.insuedthueringen.de/1920167>)

⁴⁵ Deutschland Today vom 19.09.2013 („B 62n Ortsumgehung Bad Salzungen kann in Angriff genommen werden“)

⁴⁶ Thüringische Landeszeitung vom 19.12.2013 („Wenn schwangere Feldermäuse den Straßenbau verteuern“)

⁴⁷ inSüdthüringen.de vom 11.05.2016, <https://www.insuedthueringen.de/4837793> („Landrat: Ortsumfahrung Bachfeld-Immelnborn kommt zweifellos“)

24.07.2020	Das Landratsamt Wartburgkreis teilt mit das seit dem 15. Mai 2020 Baurecht für die Werraquerung besteht. Bis 2023 soll die Ausführungsplanungen abgeschlossen sein, so dass 2024/25 Ausschreibung und Vergabe erfolgen können. Mit dem Baubeginn wird 2026 gerechnet. Die Fertigstellung sei für 2030 anvisiert. ⁴⁸
------------	--

⁴⁸ inSüdthüringen.de vom 24.07.2020, <https://www.insuedthueringen.de/7326440> („Werraquerung bei Bad Salzungen kommt“) sowie Pressemitteilung des Wartburgkreises, <https://www.wartburgkreis.de/leben-im-wartburgkreis/news-detailseite/die-werraquerung-kommt>

